

# Schämt euch, ihr (geistigen) Brandstifter\_Innen!



Verfassungsschutz gegen Jugend gegen Rassismus Sachsen -  
Verfassungsschutz ruft zum Boykott antirassistischer Aktionen auf und  
verschickt Hetzbriefe an sächsische Schulen

Mit diesem Fax versucht der sächsische Verfassungsschutz Jugendliche  
weiter in die Arme  
ihrer braunen Geldempfänger\_Innen zu treiben:



Während Häuser brennen, Menschen pogromartig durch die Straßen gehetzt  
werden wie in Bautzen, ganze Stadtviertel mit Terror überzogen werden und  
antirassistische Aktivist\_Innen auf offener Straße niedergestochen werden,  
fällt dem sächsischen Verfassungsschutz nichts besseres ein, als diejenigen  
zu kriminalisieren und öffentlich zu brandmarken, die sich gegen die  
rassistischen und faschistischen Gewalttaten und Massenmobilisierungen zu  
organisieren versuchen um dagegen Widerstand zu leisten! So gibt der  
Verfassungsschutzbericht für Sachsen 2015 bekannt, dass sie PEGIDA und  
die AfD nicht überwachen müssen, weil sie keine "extremistischen"  
Bestrebungen feststellen konnten. Die Realität zeigt, dass Pegida und auch  
die AfD in Sachsen und Thüringen regelmäßige Massendemonstrationen  
organisiert hat, von denen fast jedes Mal Gewalt ausging. Ständige Angriffe  
auf Journalist\_Innen, der Großangriff auf Connewitz am 11.01.16 sind nur  
zwei Beispiele für das Gefahrenpotenzial dieser Bewegungen. Teilweise  
werden diese Bündnisse sogar von Faschisten angeführt. So sitzen Bekannte  
Nazikader wie Enrico Böhm (NPD) oder Marcus Johnke (Legida) in den Orga-  
Kreisen der Demonstrationen. NPD, Die Rechte und der III. Weg, sowie  
einige rechtsradikale Hooligan-Vereinigungen stellen die ersten Reihen bei  
den Gida-Demonstrationen in Sachsen und Thüringen. Die AfD forderte

währenddessen den Schießbefehl gegen Geflüchtete an den Grenzen und beflügelte die braune Pest in ihrem Tatendrang Andersdenkende offen anzugreifen! Ein weiteres Zeichen dafür, dass wir uns im Kampf gegen die neue Qualität der rassistischen Bewegung nicht auf den Staat verlassen dürfen.

Auf der anderen Seite stehen einige wenige Jugendliche, die sich zusammengeschlossen haben, um genau dagegen etwas zu unternehmen. Jugendliche die gemeinsam mit Geflüchteten kämpfen, um mit klaren Forderungen ihre Lebenssituation zu verbessern und entschiedene Gegenwehr zu organisieren. "Jugend gegen Rassismus" ist ein Bündnis aus Schüler\_Innen und unabhängigen Jugendorganisationen, die begriffen haben, dass Forderungen wie das Recht auf freie Wohnungswahl für Geflüchtete, die Abschaffung der Residenzpflicht oder die Aufnahme der Geflüchteten in Gewerkschaften mit der Organisation der Jugendlichen und Arbeiter\_Innen im Betrieb, der Uni und vor allem in der Schule miteinander verbunden werden müssen. Dafür hat das Bündnis "Jugend Gegen Rassismus" Ende Mai verkündet, dass es am 29. September einen weiteren bundesweiten Aktionstag gegen Rassismus geben wird. Mit Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen, Soli-Aktionen und Veranstaltungen haben wir versucht Jugendlichen eine Kampfperspektive gegen die rassistische Welle, dort wo sie sich tagtäglich bewegen, zu geben. Deshalb wurde öffentlich angekündigt dafür an den Schulen aktiv zu werben.

Dies ist dem Verfassungsschutz in Sachsen sauer aufgestoßen und so verfasste dieser besagtes Fax, welches über die sächsische Bildungszentrale an nahezu alle Leipziger und Dresdner Schulen geschickt wurde. Die Reaktionen fielen dann auch ähnlich aus. JgR- Aktivist\_Innen wurden von Lehrkräften beiseite genommen und "verhört", Tadel und Schulverweise wurden teilweise allein für die Entgegennahme eines Flyers angedroht und an mehreren Schulen fanden Sonderkurse zum Thema "Linksextremismus" statt. JgR-Kontakte an manchen Schulen berichteten dass es selten Infoveranstaltungen zu Rassismus gegeben hat, sich die zentrale Bildungsstelle aber massiv für den Kampf gegen die 'fiesen' Linksextremisten eingesetzt habe. Auch in Dresden wurde die

## Hetzpropaganda des sächsischen Verfassungsschutz an Schulen geschickt



An diesem Beispiel sehen wir deutlich, dass der Staat kein Interesse am Kampf gegen Rechts hat. Vielmehr profitiert der Staat vom Rassismus, also der Spaltung unserer Klasse in Staatsbürger\_Innen und entrechtete nicht - Staatsbürger\_Innen, wobei antirassistische und antikapitalistische Losungen dazu dienen, diese vom Staat geschaffenen Trennlinien zu überwinden und damit den Weg in eine neue - eine bessere - Gesellschaft zu ebnen. Für uns ist dies nur durch den bewussten Bruch mit der nationalstaatlichen Spaltung möglich. Dem stellen wir unsere internationale Solidarität und die Forderung nach vollen Staatsbürger\_Innenrechten für alle entgegen!

Dies versteht der Staat als Widerspruch zur sogenannten "Freiheitlich demokratischen Grundordnung", während Hitler-Grüße und Hetzjagden auf Geflüchtete vom VS heruntergespielt werden, um den Widerstand gegen die faschistische Bedrohung zu verunglimpfen und als verfassungsfeindlich darstellen zu können. Wir und auch die Genoss\_Innen von Jugend gegen Rassismus Sachsen werden uns von dieser braunen Schmierkampagne nicht abhalten lassen gegen Rassismus auf die Straße zu gehen. Das zu tun ist es was im Angesicht der dauernden Gefahrenlage die Pflicht aller fortschrittlichen und linken Kräfte ist. Den Kampf gegen jede Form von Chauvinismus in jeden Winkel der Gesellschaft zu tragen!

Wir werden auch weiterhin an Schulen und Universitäten Für den Kampf gegen diese braune Suppe werben!

Daher lauten unsere Forderungen:

- Zerschlagt den Verfassungsschutz und alle Geheimdienste!
- Schluss mit der Isolation der Bewegung! Für eine Solidarisierung mit den Geflüchteten und einen gemeinsamen Kampf aller Jugendlichen, Gewerkschaften, radikaler Linker, antirassistischer Arbeiter\_innen, der LINKEN und SPD.
- Leistet Widerstand! Bildet antirassistische Aktionskomitees an der Schule,

dem Betrieb, im eigenen Viertel oder Dorf, die auch Informationen über Naziaktivitäten sammeln, um im Falle von Naziangriffen oder Abschiebungen nicht allein zu sein - Nur so können wir konsequenten Widerstand gegen die täglichen rassistischen Angriffe leisten - Kämpft gegen die 80 Cent Jobs für Geflüchtete - Für den gemeinsamen Kampf um einen flächendeckenden Mindestlohn! Für die Rücknahme aller rassistischen Asylgesetze, wie dem Integrationsgesetz!

Kampf dem Rassismus, bedeutet Kampf dem Staat - wir dürfen uns nicht spalten lassen! Wenn du in Sachsen lebst, etwas gegen die Scheiße hier unternehmen willst, dir aber die Leute oder der Plan dafür fehlen, dann schreib uns an! Wir sind in Leipzig und Dresden vertreten und dort finden wöchentlich offene Treffen statt. Auch in anderen Orten Sachsens sind wir um den Aufbau antirassistischer Strukturen bemüht, also melde dich. Du bist nicht allein!

Ein Artikel von Revolution Leipzig.